

Das Calwer Wochenblatt erscheint wöchentlich dreimal, nämlich Dienstag, Donnerstag u. Samstag. Abonnementspreis halbjährlich 1 fl., durch die Post bezogen im Bezirk 1 fl. 8 kr., sonst in ganz Württemberg 1 fl. 15 kr.

# Calwer Wochenblatt.

In Calw abonnirt man bei der Redaktion, auswärts bei den Posten oder dem nächstgelegenen Postamt. — Die Einrückungsgebühr beträgt 2 kr. für die dreispaltige Zeile oder deren Raum.

**Amts- und Intelligenzblatt für den Bezirk.**

Nra. 88.

Dienstag, den 7. August.

1866.

## Amtliche Bekanntmachungen.

Calw. An die Ortsvorsteher.

Die Ausschreiben über den Betreff jeder Gemeinde an Staatssteuer und Amtsschaden pro 1866—67 sind den Ortsvorstehern zugefertigt worden. Diese haben sich hinsichtlich der rechtzeitigen Unteraustheilung, des Einzugs und der Ablieferung nach den bestehenden Vorschriften zu benehmen und insbesondere dafür zu sorgen, daß der Oberamtspflege am Ende jeden Monats das Verfallene geliefert werde.

Den 6. Aug. 1866.

R. Oberamt. T hym.

Unterreichenbach.

### Brunnenteuchel,

rothfarbene, 50 Stück, sollen für die hiesige Gemeinde — ab franco hier — angeschafft werden. Lieferungslustige wollen ihre genauesten Offerte bis zum 10. d. M. an den Unterzeichneten franco einsenden.

Den 1. August 1866.

Schultheißenamt.  
Gengenbach.

### Protokolle

über Vornahme von Gemeinderaths- und Bürgerausschuß-Ergänzungswahlen, Sportel-Verzeichnisse, Sportelrechnungen, Steuersatz-Protokolle, Lösungsgebühren-Verzeichnisse, Verzeichniß über angefallene Inventur- und Theilungsgeschäfte (Titel- und Einlagbogen)

z. z. z.

hat sich die Unterzeichnete außer den seit her geführten Formularen nun auch beigelegt und empfiehlt dieselben mit dem Bemerkten, daß nicht vorhandene Formulare auf Bestellung schnellstens angefertigt werden, zu gef. Abnahme bestens.

A. Delschläger'sche Buchdruckerei

### Ein Logis

ist bis Martini zu vermieten; wo? sagt die Red. d. Bl.

### Hühneraugen-Pflasterchen

von Lentner in Tyrol, 3 Stück à 12 kr., per Duzend 4 kr., empfiehlt August Schnauffer in Calw.

Alzenberg.

Von meinen beliebten

**blauen Frühkartoffeln** ist Borrath im Hinterhause meiner Calwer Wohnung. E. Horlacher.

### Frische Himbeeren

sucht zu kaufen

Wildberg, 5. August 1866.

Stoll, Apotheker.

Calw.

### Den Ertrag

von 3 Viertel Zottelhaber am obren grünen Weg mit Alee, dergleichen 1 Viertel bei der Schaffweuer verkauft auf dem Halm 2)2. S. Keller, Stricker.

### Außeramtliche Gegenstände.

Dr. Franz Sauter's  
Moospastillen

**Festconcentrirtes Isländisches Moos** mit angenehmem Geschmack, reizmildernd und zugleich kräftigend gegen Heiserkeit, Husten, Lungenentzündung zc. zc. in Schachteln à 18 kr empfiehlt die alleinige Niederlage für Calw Apotheker Rnthardt.

NB. Ist nicht zu verwechseln mit ma- genverderbenden Bonbons u. dgl.

Calw.

### Landwirthschaftlicher Bezirksverein.

Zuerkennung eines Preises für Anlage von ständigen Feldwegen.

Auf die Bekanntmachung des landw. Vereins vom 25. Januar 1865, worin derselbe 2 Preise von 100 fl. und 50 fl. für diejenigen Gemeinden der Gäuseite des Bezirks offerirt hat, welche bis zum 20. September 1866 mit der Anlage von ständigen Feldwegen im Sinne des Gesetzes vom 26. März 1862 am weitesten vorgeschritten sein werden, ist nur die Stadtgemeinde Calw mit einer Preisbewerbung aufgetreten, und hat in Folge hiervon die vom Vereinsausschuß damit beauftragte Commission die Besichtigung der auf der Markung Calw in den Gewändern Heumaden, lange Staig, Letten- und Galgenwasen ausgeführten ständigen Feldwege am 12. Juli d. J. vorgenommen und dem Ausschusse in seiner Sitzung vom 14. Juli über ihren Erfund Bericht erstattet. Auf den Antrag dieser Commission hat der Ausschuß sofort beschlossen,

„der Stadtgemeinde Calw den 1. Preis von 100 fl.

„zuerkennen, hiebei aber den ausdrücklichen Wunsch „auszusprechen, daß diese Summe zu weiteren den gesetzlichen Bestimmungen entsprechenden Feldweganlagen

„verwendet werde.“

Indem dieß hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird, kann zugleich die Bemerkung nicht unterdrückt werden, daß der Eifer und die Ausdauer, womit die Calwer Feldwegregulirungscommission die mancherlei, der Ausführung des Planes entgegenstehenden Schwierigkeiten zu überwinden, insbesondere die nöthigen Zusammenlegungen (mit Einer Ausnahme) zu Stande zu bringen gewußt hat, alle Anerkennung verdient, und es mußten auch mit Rücksicht hierauf die Wünsche, welche die Commission in Beziehung auf die Art der Wegausführung, die eine scharfe Grenze zwischen Weg und Feld nicht erkennen läßt, und in Beziehung auf den Zustand der Wege auszusprechen gehabt hätte, verstummen. Der Ausschuß kann sich jedoch der Hoffnung nicht verschließen, daß das eigene mehr und mehr sich fühlbar machende Bedürfniß der Feldbesitzer diesen Wünschen entgegenkommend wirken werde, und daß, nachdem einmal die ersten Schwierigkeiten überwunden sind, und der allgemeine Nutzen der Feldwege selbst von ihren ursprünglichen Gegnern nicht mehr geläugnet werden kann, ein systematisches Reg. sich nach und nach über die ganze Markung ausdehnen und Calw ein hervorragendes Beispiel für die ganze Umgegend werden möge.

Alzenberg, 5. August 1866.

Provis. Vorstand: E. Horlacher.



**Handwerkerbank.**

**Rechnungsbericht vom 1. Halbjahr 1866.**

1) Zahl der Mitglieder:	am 1. Januar 1866	160,
	neu eingetreten sind	32,
		192,
	ausgetreten sind	10,
	Stand am 30. Juni 1866	182,
	mit einem monatlichen Beitrage von fl. 336. —	
2) Einlagen der Mitglieder:		
	Dieselben betragen am 1. Januar	fl. 9,717. 50.
	vom Januar bis Juni	fl. 2,021. 44.
	zusammen	fl. 11,739. 34.
	zurückbezahlt wurden den Ausgetretenen	fl. 408. 30.
	bleiben	fl. 11,331. 4.
	somit reine Zunahme	fl. 1,613. 14.
3) Sparkasseneinlagen.		
	Dieselben betragen am 1. Januar	fl. 4,454. 22.
	neu eingelegt wurden	fl. 3,534. 24.
	zusammen	fl. 7,988. 46.
	zurückbezahlt wurden	fl. 372. 50.
	bleiben	fl. 7,615. 56.
	somit reine Zunahme	fl. 3161. 34.
4) Aufgenommene Gelder. Betrag am 1. Jan.	fl. 19,757. 51.	
neu aufgenommen	fl. 21,222. 30.	
	fl. 40,980. 21.	
zurückbezahlt wurden	fl. 11,901. 34.	
bleiben	fl. 29,078. 47.	
Guthaben der Handwerkerbank in Stuttg.	fl. 2,718. 9.	
zusammen	fl. 31,796. 56.	
somit Zunahme seit 1. Januar	fl. 12,039. 5.	
5) Ausgeliehene Gelder.		
a) als Vorschüsse. Stand am 1. Januar	fl. 12,528. —.	
vom Jan. bis Juni wurden		
erhoben in 116 Vorschüssen	fl. 26,718. —.	
zusammen	fl. 39,246. —.	
zurückbezahlt wurden 113 Posten	fl. 24,637. —.	
bleiben	fl. 14,609. —.	
Zunahme	fl. 2,081. —.	
b) in Contocorrent-Rechnung.		
Stand am 1. Januar	fl. 26,139. 50.	
erhoben wurden in 74 Posten	fl. 19,910. —.	
zusammen	fl. 46,049. 50.	
zurückbezahlt wurden	fl. 11,347. 58.	
bleiben	fl. 34,701. 52.	
Zunahme	fl. 8,562. 2.	
Im Ganzen wurden somit ausgeliehen:		
als Vorschüsse	fl. 26,718. —.	
in Conto-Corrent	fl. 19,910. —.	
zusammen	fl. 46,628. —.	
Die Ausstände betragen zusammen:		
von Vorschüssen	fl. 14,609. —.	
in Conto-Corrent	fl. 34,701. 52.	
	fl. 49,310. 52.	
Die Zunahme gegen 1. Januar beträgt:		
bei den Vorschüssen	fl. 2,081. —.	
in Conto-Corrent	fl. 8,562. 2.	
zusammen	fl. 10,643. 2.	
6) Eingenommene Zinsen und Provision seit 1. Jan.		
a) Zinsen aus Vorschüssen	fl. 432. 41.	
in Contocorrent	fl. 601. 3.	
	fl. 1,033. 44.	
b) Provision aus Vorschüssen	fl. 146. 18.	
in Contocorrent	fl. 329. 12.	
	fl. 475. 30.	
zusammen	fl. 1,509. 14.	
Ausgaben für Zinsen bis 30. Juni	fl. 81. 4.	
bleiben	fl. 1,428. 10.	

(Mit dem Jahresschluß vermehrt sich natürlich die Summe der auszubehaltenden Zinsen bedeutend.)

7) Reserveconto. Derselbe betrug am 1. Jan.	fl. 807. 58.
dazu Eintrittsgelder	fl. 41. 30.
	fl. 849. 28.
8) Cassa-Conto.	
Einnahmen vom 1. Jan. bis 30. Juni	fl. 64,925. —.
Ausgaben	fl. 63,405. —.
zusammen	fl. 128,330. —.

Vorstehendem Rechnungsbericht zufolge ist auch in dem verflossenen Halbjahre trotz der allgemeinen Geschäftslosigkeit die Thätigkeit der Handwerkerbank eine lebhaftere, und wir können mit Befriedigung sagen, eine segensreiche gewesen. Gerade in dieser Zeit hat sich der Nutzen dieses Instituts für die einzelnen Mitglieder glänzend herausgestellt, insofern sie bei der allgemeinen Kreditlosigkeit hier gegen Erfüllung der statutenmäßigen Sicherheit Kredit finden konnten. Aber auch das Vertrauen, das sich die Handwerkerbank in den wenigen Jahren ihres Bestehens schon erworben hat, zeigt sich am Glänzendsten in der unbedeutenden Summe, welche an Sparkassengeldern zurückverlangt wurde, sowie in den trotz der schwierigen Zeiten stets andauernden Geldofferten, welche es dem Ausschuss ermöglichten, den Mitgliedern in ausreichender Weise an die Hand zu gehen. Dieses Vertrauen zu erhalten, ist die erste Aufgabe des Ausschusses, und er wird es auch durch umsichtige Geschäftsleitung fernherhin zu bewahren wissen.

Der Vorstand.

**† Anschluß an Preußen oder Nichtanschluß?**

Als im Jahre 1849 die deutsche Reichsverfassung sammt den Grundrechten des deutschen Volkes verkündigt und der damalige König von Preußen durch Stimmenmehrheit der Nationalversammlung zu dem deutschen Kaiser gewählt wurde, erhob sich das ganze württembergische Volk, um den verstorbenen König Wilhelm, der die Kaiserwahl nicht anerkennen wollte, zu Auerkennung und Unterordnung zu nöthigen, was ihm auch gelungen ist. Nicht aus Vorliebe für den König von Preußen geschah dies, sondern weil man die Pflicht fühlte, sich der durch die Nationalversammlung zum Ausdruck gebrachten Mehrheit unterzuordnen, und dadurch die lange sehnlichst herbeigewünschte Organisation eines freien und mächtigen deutschen Reichs zu befördern. Bekanntlich hat der damalige König von Preußen die Kaiserkrone aus den Händen des Volkes nicht annehmen wollen, sondern sie zurückgewiesen, was zur Folge hatte, daß die ganze nationale Bewegung im Sande verlaufen ist. Heute stehen wir wieder in einer derartigen Alternative, wie im Jahre 1849, nur ging diesmal die Bewegung nicht vom Volke aus, sondern von der preussischen Junkerpartei, welche Deutschland mit Krieg überzogen hat, nur handelt es sich diesmal nicht um eine deutsche nationale Bewegung, sondern um eine spezifisch preussische Eroberung, nur handelt es sich jetzt nicht um Reichsverfassung und Grundrechte, sondern um den nacktesten Absolutismus. Oder glaubt Jemand noch, daß Bismarck oder der König von Preußen sich durch das zu berufende Parlament Vorschriften in dieser Beziehung machen lassen werden? Kann man im Ernst glauben, die preussische Regierung werde nach den errungenen Siegen andere Bahnen gegenüber dem Parlament einschlagen, als es gegen das preussische Abgeordnetenhaus eingeschlagen hat? Solcher Täuschung gebe sich ja Niemand hin! Wenn das zu berufende Parlament nicht nach Bismarcks Pfeife tanzen will, so wird es heimgeschickt, und wenn die mit Preußen verbündeten Regierungen in ihren Ländern liberaler regieren wollen, als es Bismarck lieb ist, so bekommen sie von diesem Verwarnungen und Drohungen bis sie ebenfalls nach seiner Pfeife tanzen.

Oder ist es ein günstiges Vorzeichen für eine Einlenkung in liberalere Bahnen, wenn die Untersuchungen gegen freisinnige Abgeordnete wegen ihrer Reden in der Kammer ganz gegen den Wortlaut der Verfassung, bloß in Folge eines Beschlusses des reaktionären Berliner Obertribunals auch jetzt noch fortgesetzt werden, oder wenn die Regierung statt der vom Volke gewählten Berliner Stadtverordneten, welche ihr nicht behagten, ohne Weiteres königliche Kommissäre mit Sitz und Stimme in dieses Collegium ernimmt?

Wir in Süddeutschland haben uns seit mehreren Jahren einer liberalen Regierung zu erfreuen, wir haben Pressfreiheit, Vereinsrecht, die Regierung anerkennt die Rechte der Volkstammer, und wenn auch





noch Manches zu wünschen übrig bleibt, namentlich Revision der Verfassung u. s. w., so ist der Unterschied doch ein sehr wesentlicher zwischen unserer und Bismarck'scher Regierungsweise. Die Frage tritt also an uns heran: wollen wir einer Einheit zu Liebe, welche ihren Gipfelpunkt in preussischer Zunftherrschafft hat, welche 12 Millionen gutgefinnter Deutschösterreicher vom nationalen Verbande ausschließt, welche nicht die deutsche Einheit unter schwarzroth-goldenem Panier, sondern preussische Hegemonie unter schwarzweißer Trauerfarbe bedeutet, wollen wir einer solchen Einheit zu Liebe ebenfalls aufstehen wie 1849, und einmüthig den König zum Anschluß an diesen preussischen Bundesstaat zu bewegen suchen, wollen wir dieser Einheit zu Liebe auf unsere Freiheiten verzichten, und wollen auch wir dazu beitragen, daß der Anschluß der braven Deutschösterreicher aus dem deutschnationalen Verbande besiegelt werde?

Oder wollen wir vorläufig uns mit unsern Nachbarstaaten zu gemeinschaftlichem Parlament und Centralgewalt vereinigen, durch gemeinschaftliche Anstrengungen des Volkes für Aufrechterhaltung unserer Freiheit besorgt sein, und so den Kern zur Gestaltung eines künftigen freien und einigen Deutschlands mit Einschluß aller dazu gehörigen Glieder bilden?

Erst vor einigen Tagen hatten wir hier Gelegenheit, ein Häuflein Deutschösterreicher zu beobachten, deren Bescheidenheit, Solidität und Bildung die allgemeine Anerkennung gefunden haben. Diese Männer beklagten tief, daß sie aus dem Verbande Deutschlands ausgeschlossen sein sollten, sie lebten aber auch der Hoffnung, daß die Zeit nicht zu fern sein werde, welche diesen unnatürlichen Ausschluß wieder aufheben werde. Sollen nun unsere Söhne, wenn wir uns unter die militärische Oberhoheit Preußens begeben, dereinst, wenn Oesterreich seine Stellung in Deutschland wieder erkämpfen will, an der Seite der Preußen gegen Oesterreich kämpfen, und dazu beitragen, daß diesen deutschen Schmerzenskindern, deren Ausstoßung unsere volle Sympathie erregt, ihr Wiedereintritt in die Arme unserer gemeinschaftlichen Mutter Germania zur Unmöglichkeit wird?

Wir erreichen hat es freilich in Folge seiner reaktionären Regierungsmethode nicht um Deutschland verdient, daß ihm so wie es jetzt ist, viele Sympathien zu Theil werden, aber das deutschösterreichische Volk kann hiefür nicht verantwortlich gemacht werden, und zudem läßt sich hoffen, daß Oesterreich durch den Weg der Trübsal, den es gehen muß, zur Einsicht gelange, und mit seinen reaktionären Traditionen entschieden breche! Preußen aber ist um kein Haar besser, auch hier sehen wir bloß den krassen, freilich durch Schein-Constitutionalismus verdeckten Absolutismus.

Deutschland, so wie es ist, paßt nicht zu einem Einheitsstaat, bloß eine Föderativverfassung mit Gleichberechtigung sämmtlicher Mitglieder mit starker Centralgewalt und Parlament ist im Stande, alle Deutschen unter einem Banner auf nationaler und freiheitlicher Grundlage zu vereinigen; wollen wir in Hoffnung auf die Zukunft darauf hinarbeiten, so dürfen wir uns dem preussischen Bundesstaat nicht anschließen, so wollen wir die Freiheit zu pflegen suchen, und dadurch den Kern zur Entwicklung eines freien und mächtigen deutschen Bundesstaates bilden.

#### Tagesneuigkeiten.

— Stuttgart, 1. Aug. Se. Maj. der König haben Sich heute nach Plochingen begeben, um Sich persönlich von dem Ergehen und der Verpflegung der im Johannerhospital untergebrachten Verwundeten zu überzeugen. (St. A.)

— Stuttgart, 3. Aug. Wie bereits bekannt, ist am 1. August mit General Manteuffel ein Waffenstillstand für die Dauer von 3 Wochen und zwar vom 2. bis 22. August, beide Tage einschließlich, abgeschlossen worden. Die Hauptbestimmungen desselben lauten dahin: „Die R. preussischen und die mit ihnen verbündeten Truppen werden keine Theile des Königreichs Württemberg betreten, welche südlich gelegen sind von einer Linie, welche von der badisch-württembergischen Grenze von dem Laufe des Neckars bis zum Einfluß des Kochers in diesen, dann dem Laufe des Kochers aufwärts bis Hall und von Hall aus der großen Landstraße nach Crailsheim und Feuchtwangen folgt. Die Kön. preussischen und die ihnen verbündeten Truppen werden in den von ihnen besetzten R. Württ. Landestheilen Staats- und Privateigentum respektiren und keine Contributionen auferlegen.

Den betreffenden Landestheilen liegt nur die kostenfreie Verpflegung der R. preussischen Truppen ob.“ Zur Vollziehung dieser Uebereinkunft und der näheren Festsetzung der Modalitäten ist Regierungsdirektor v. Leypold in das Hauptquartier des kommandirenden Generallieutenants v. Göben nach Wergentheim abgeordnet worden. v. Leypold hat die Weisung erhalten, auf thunliche Schonung der betreffenden Landestheile hinzuwirken, wie auch die Regierung bemüht sein wird, denselben gegenüber die von ihnen zu tragende Last möglichst auszugleichen. (St. A.)

— Stuttgart, 2. Aug. Zwischen Mühlacker und Bruchsal ist noch am Donnerstag Nachmittag der Fabrdienst für Personen und Güter wieder aufgenommen worden. Vom Freitag den 3. Aug. an gehen auch wieder die Güterzüge zwischen Ulm und Augsburg.

— Stuttgart, 3. Aug. Prinz Wilhelm L. H. und Hauptmann Graf v. Zeppelin sind aus dem Hauptquartier der R. Felddivision hier eingetroffen. Auch der Kommandant derselben, Kriegsminister und Generallieutenant Oskar v. Hardegg ist hier angelangt; man vermuthet eine baldige allgemeine Dislokation unserer Truppen als Folge der durch den Waffenstillstand festgesetzten Demarkationslinie. (St. A.)

— Stuttgart. Ein Begräbniß bewegte diesen Vormittag, den 3. August, die Stadt Stuttgart in mehr als gewöhnlichem Grade. Der lebenswürdige Sohn eines geachteten Vaters, Herr Lieutenant Eugen von Hügel, der einzige Sohn des Mannes, der unsere auswärtigen Angelegenheiten geleitet hat, bevor sie Herr v. Barmbüler in die Hände bekam, ist als eines der Opfer dieses unseligen Krieges gefallen. Er erlag zu Werbach nach vieltägigen Leiden einer schweren Wunde, die er in dem für die württembergische Armee so ehrenvollen, aber unglücklichen Gefecht bei Tauberhofsheim von einer preussischen Granate erhalten. Was von hohem und niederem Militär noch hier ist und nicht im Felde steht, geleitete den jungen Mann zu Grabe. Aber auch eine große Anzahl Bürger schloß sich dem langen Zuge an, um dem Gefallenen und seinem Vater ihr Mitgefühl auszudrücken. Insbesondere war eine zahlreiche Begleitung aus dem Oberamt Waiblingen zu bemerken, wo Herr v. Hügel zu Hochberg am Neckar ein Gut besitzt und wo sich der Vater wie der Sohn durch ihre Bürgerfreundlichkeit und Leutseligkeit in allen Klassen der Gesellschaft Zuneigung und Anhänglichkeit erworben haben. Der Verstorbene hatte früher im Heere gedient (1859), sich aber später dem Studium der Rechte gewidmet, um wie der Vater dem Staate auf diplomatischem Felde zu dienen. Beim Ausbruch des Krieges war er freiwillig zur Fahne zurückgekehrt und hat er nun als ein vollbewaffneter Kämpfer für das Recht sein junges, zu den schönsten Hoffnungen berechtigendes Leben für das Vaterland gelassen. Unter seinen militärischen, wie unter seinen akademischen Genossen wird das Andenken des wackern jungen Mannes in Ehren bleiben.

— Karlsruhe, 4. Aug. Heute erst veröffentlicht die „Karlsru. Btg.“ folgendes Telegramm: „Würzburg, 3. Aug., 2 Uhr Nachm. Waffenstillstand zwischen Preußen und Baden abgeschlossen.“

— In Heidelberg sind außer der Einquartierung auch Requisitionen gemacht, 2000 Loib Brod, 1000 Flaschen besten Weins, 3000 gewöhnlichen Sastes, 60 Dachsen. Dieß ist nämlich für den Taubergrund, wo zahllose Preußen, aber nichts mehr zu beißen. Alle Badenser sind auf nationalem Boden zurück.

— Würzburg, 31. Juli. Die Noth an Lebensmitteln beginnt hier sehr groß zu werden, man schlägt sich an den Bäckeläden förmlich ums Brod, und wer solches erhalten kann, ist glücklich zu nennen; als Beweis dafür möge gelten, daß angesehenene Bürger dasselbe nicht mehr durch ihre Diensthoten holen lassen, sondern selbst nach Haus tragen. Von Erlangen kam gestern vom hiesigen Magistrat aus Erlangen bezogenes Brod hier an und wurde im Polizeigebäude verabreicht. Auch den Preußen fehlt es sehr an Lebensmitteln, in Zell haben sie die verwundeten Pferde geschlachtet und verzehrt. — Auch in Tauberhofsheim wird sehr geklagt, indem außer bedeutender Einquartierungslast noch sehr große Requisitionen (12,000 Loib Brod, 80 fette Dachsen, 10 fette Schweine, 50 Hämmel, 12 Ctr. gebranntes Kaffee, 12 Ctr. Salz, 1400 Ctr. Haber, 240 Eimer gutes Bier, 2000 Flaschen vorzüglicher Wein für Offiziere, 240 Eimer guter Landwein u. c.) erhoben werden.



— Augsburg. (Offizielle Mittheilung über die Bundestagsitzung vom 2. Aug.) Die Gesandten des Königreichs Sachsen und des Großherzogthums Nassau brachten den Beitritt ihrer Regierungen zu der Genfer Konvention vom Jahr 1864 hinsichtlich der Behandlung der Verwundeten zur Kenntniß der Bundesversammlung. Das Großherzogthum Baden zeigte seinen Austritt aus der Bundesversammlung an, wogegen der bei früheren Anlässen ausgesprochene Protest erhoben und zugleich unter Vorbehalt aller Rechte des Bundes die großherzogliche Regierung für die Bundesfestung Rastatt und das Bundeseigenthum daselbst verantwortlich gemacht wurde.

— Augsburg, 2. Aug. (Ueber Paris.) Die Gesandten von Frankreich, Belgien und Spanien beim deutschen Bund sind abgereist, vorher schon der englische Gesandte; der russische allein ist zurückgeblieben.

— Ueber die Vorgänge in Frankfurt schreibt man aus Zürich dem Berner Bund: „Als General Manteuffel gegen die Deputation, welche Vorstellungen gegen die Kriegsteuer machte, das Wort Plünderung fallen ließ, trat eines der Mitglieder der Deputation, der Doktor Mylius, vor und sagte: „Herr General, Sie sprechen eine Drohung aus, die Sie nicht ausführen können.“

— „Wie, ruft der General, ich könnte nicht! Wissen Sie, daß ich, wenn ich will, Ihnen den Kopf zu meinen Füßen legen kann?“

— „Ich weiß es, erwiderte Mylius, aber Frankfurt plündern lassen können Sie nicht, denn Sie kommandiren nicht eine Horde Barbaren, sondern eine civilisirte Armee, die nicht plündern wird, auch wenn Sie es ihr erlauben.“ — Der General Manteuffel, bleich vor Zorn, sand kein Wort der Erwiderung. (Beob.)

— Berlin, 1. Aug. Die Prov. Korrespondenz schreibt über die Frankfurter Angelegenheit: Einstweilen ist von den Maßregeln wegen gewaltsamer Einziehung einer Kriegskontribution von 25 Millionen Abstand genommen. Bei den weiteren Entschlüssen der Regierung kommt der Umstand in Betracht, daß Frankfurt vermuthlich dem preußischen Staatsgebiete einverleibt wird.

— Berlin, 1. Aug. Der Frankfurter Bürgermeister, Dr. Müller, reiste gestern Abend nach Böhmen ab, um den König und den Minister-Präsidenten schon auf deren Rückreise nach Berlin zu sprechen. — Die Stadtverordneten hielten heute eine außerordentliche Sitzung zur Berathung über den Erlass einer Adresse an den König und den Kronprinzen bei deren Rückkehr, sowie über Veranstaltung einer Illumination. Ohne alle Debatte wurde beides beschlossen.

— Berlin, 2. Aug. (Ueber Paris.) Der König verläßt Samstag Prag und kommt gleichen Tages 11 Uhr in Berlin an.

— Berlin, 31. Juli (Ueber Paris.) Die Nordd. Allg. Ztg. vernimmt, daß die süddeutschen Staaten in ein Bundesverhältniß zu treten wünschen. Der Eintritt des Südens in den norddeutschen Bund — sagt sie weiter — würde dazu dienen, das partikularistische Element in Hannover, Kurhessen und Nassau zu befestigen.

— Berlin, 2. Aug. Abends. (Ueber Paris.) Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bespricht die Entschlüssen bezüglich der Gebietsänderungen in Norddeutschland, welche die bevorstehende Thronrede verkündigen wird, und sagt bei dieser Gelegenheit. Das Recht Preußens auf Einverleibung eines besiegten Staates entspricht ganz dem Völkerrecht. Dafür sprechen aber auch noch politische Erwägungen, weil Bundesbeziehungen mit feindlichen Fürsten, die überdies mit der Nationalvertretung in Konflikt stehen, nicht aufrecht zu erhalten sind. Die Intriguen der vertriebenen Fürsten für Berufung eines Congresses werden energisch durch Agenten des Nordens unterstützt. Bei Frankreich aber werden sie erfolglos bleiben; denn der Kaiser Napoleon ist nicht für einen Congress, weil er wohl voraussieht, daß ein gegen Preußens Erfolge gerichteter Congress Europa in schwere Verwickelungen stürzen würde. Die Haltung des Kaisers Napoleon gründet sich auf die tiefe Ueberzeugung von dem Werthe, den die Freundschaft eines starken Preußens stets für Frankreich haben wird.

— Berlin, 3. Aug. (Ueber Paris.) Nordd. Allg. Ztg.: Die Verhandlungen mit den süddeutschen Staaten beginnen nach

Rückkehr des Königs und Bismarck's nach Berlin. In Baiern, Württemberg, Hessen-Darmstadt wurden bereits in Nikolsburg Eröffnungen gemacht. Bezüglich Baierns gibt die Besetzung Bayreuths und Nürnberg Preußen ein äußerst wichtiges Pfand. Nichts Gewisses steht bezüglich der Konzeption Bayreuths fest. — Rothschild war vom Bundestag gezwungen worden, von den von Kurhessen deponirten Geldern eine Million auszugeben. Preußen wird die Zahlung nicht anerkennen, Rothschild zur Zurückstattung verpflichtet sein. (Tel. d. St. A.)

— Berlin, 2. Aug. (Ueber Paris.) Graf Bismarck hat die Vertreter der Südstaaten zur Eröffnung der Friedensverhandlungen nach Berlin eingeladen.

— Die „Köln. Ztg.“ sagt, daß Graf Bismarck, als er, von den mit der Entwerfung des Kriegsplanes beauftragten preussischen Generalstabs Offizieren befragt, wie Preußen mit Frankreich stände, denn danach müßten sie die Aufstellung der preussischen Kriegsmacht bemessen, geantwortet habe: „Gegen Frankreich brauchen Sie keinen Mann aufzustellen.“ Dieser Aeußerung zufolge ist es sicher, daß die preussische Politik ihrem heutigen Erfolg diplomatisch in Paris ebensolang vorgearbeitet hat, als demselben militärisch in allen preuß. Arsenalen vorgearbeitet wurde.

— Der Verlust der österreichischen Nordarmee an Offizieren ist (nach den Wiener Listen) wahrhaft furchtbar. Er beträgt an Todten und Verwundeten 45 Oberste und Oberstlieutenants, 45 Majors, 394 Hauptleute, 379 Ober- und 446 Unterlieutenants, zusammen 1309 Offiziere. Dazu 391 gefangene, nicht verwundete Offiziere. In Summa 1700.

— Wien, 1. Aug. Die „Presse“ und der „Wanderer“ konstatiren das gänzliche Scheitern eines in den letzten Tagen durch Klapla in Begleitung einer Schaar angeblich ungarischer Freiwilligen an der ungarischen Grenze im Waagthal gemachten Einfallversuchs. Klapla war gezwungen, sofort gegen Oberberg zu wieder umzukehren, da die Mehrzahl seiner Begleiter lauter österreichische Kriegsgefangene waren, und diese die Gelegenheit nur benützt hatten, um wieder zu ihren respektiven Regimentern zu gelangen, und die ungarische Bevölkerung sich gänzlich theilnahmlos verhielt.

— Wien, 31. Juli. H. M. Benedek ist nun auch in Untersuchung gezogen, General Clam-Gallas freigesprochen worden.

— 1. Aug. Eine Vorberathung der durch Preußen vertriebenen Fürsten wird demnächst erwartet.

Frankreich. Paris, 29. Juli. Der Kaiser ist ziemlich krank nach Vichy abgereist, und die Aerzte wie auch die Minister sehen nicht unbedenklich den Wirkungen der beabsichtigten vierzehntägigen Kur entgegen, welche der Patient mehr aus eigenem Willen als nach dem Rathe der Wissenschaft unternimmt. Napoleon leidet an der Diabetes, und der Einfluß der Vichyschen Wasser auf dergleichen Affektionen soll nicht immer gefahrlos sein. Die gedrückte Stimmung, welche unsere Börse in den letzten Tagen trotz der friedlichen Nachrichten bewahrte, ist theilweise obiger Ursache zuzuschreiben. — Wie der „Moniteur de l'Armee“ versichert, werden die Exercitien mit dem Bündnadelgewehr im Lager von Chalons eifrig fortgesetzt und werden „selbstverständlich“ von Allen als ein höchst interessantes Studium angesehen. — In den Fabriken, namentlich in St. Etienne, wird die Herstellung der neuen Hinterladungsgewehre für die Franzosen thätig betrieben. — Um die ungeheuren Kosten dieser Umänderung möglichst zu verringern, läßt der Kriegsminister die alten Feuerwaffen und Säbel in den Zughäusern, je nach Maßgabe der Nachfrage, ins Ausland verlaufen.

Türkei. Aus Konstantinopel vom 25. Juli, wird gemeldet, bei Explosion eines Patronendepots wurden 400 Personen getödtet.

Unter der Rubrik „Neue Erfindungen“ berichtet der Erzgebirgische Anzeiger in Schneeberg schon am 30. August 1811 Folgendes: „Der Mechanikus Nagel in Meissen arbeitet jetzt an einer Flinte, die von hinten geladen wird und mit der man in kurzen Zwischenräumen viel schneller zu schießen vermag, als mit den bisherigen.“ So alt ist also der erste Gedanke an das Bündnadelgewehr, das im Jahr 1866 seinen Triumph gefeiert hat.

